



Newsletter

Informationen aus Berlin und
der Oberpfalz

www.uli-groetsch.de
www.facebook.com/uli.groetsch

Ausgabe:
Nr. 1 / 2015

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

herzlich willkommen zu meinem ersten Newsletter. Ab sofort möchte ich Sie an dieser Stelle regelmäßig über meine Arbeit in der Oberpfalz und in Berlin auf dem Laufenden halten.

Das Jahr 2015 ist zwar erst ein paar Wochen alt, trotzdem ist bereits Vieles auf den Weg gebracht. Von herausragender Bedeutung ist die Einführung des Mindestlohns von 8,50 Euro.

Andrea Nahles hat unsere Position bei ihrem Besuch in Vohenstrauß unmissverständlich klar gemacht. Beim Mindestlohn werden wir nicht „wackeln“! Mit uns gibt es keinen Mindestlohn „light“ und erst recht kein „Moratorium“, wie aus der Union zu hören ist, also eine Aussetzung des Mindestlohns.

Nur ein kontrollierbarer Mindestlohn ist auch ein guter Mindestlohn. Deshalb brauchen wir auch ausreichend Personal bei den Zollbehörden. Dafür werde ich mich stark machen!

Impressum:

Uli Grötsch
Mitglied des Deutschen Bundestages

Büro Berlin:

Platz der Republik
11011 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 227 74064
Fax: +49 (0) 30 227 76065

uli.groetsch@bundestag.de

Bürgerbüro:

Bgm-Prechtl-Str. 2 7
92637 Weiden

Telefon: +49 (0) 961-33011
Fax: +49 (0) 961-37397

uli.groetsch.wk@bundestag.de

Weiteren Themen des Newsletters:

- Nach den Anschlägen von Paris: Meine Arbeit in Parlament zur Bekämpfung von Terrorismus
- Besuch von ver.di-Vertretern in Berlin: Einsatz für die Zivilbeschäftigten bei der US-Armee in Grafenwöhr
- Wichtiges Zeichen der Verbundenheit: Mein Besuch in der Mevlana Moschee in Weiden

Und nun wünsche ich gute Information und viel Freude – für Fragen und Anregungen stehe ich jederzeit gerne zur Verfügung!

Herzliche Grüße

Uli Grötsch
Mitglied des Deutschen Bundestages



Im Deutschen Bundestag bei meiner Rede zur Änderung des Personalausweisgesetzes

Nach den Anschlägen von Paris

Kluge Maßnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus auf den Weg gebracht

„Sicherheitspolitik darf nicht reaktiv sein, Sicherheitspolitik muss zuallererst präventiv sein“, so meine feste Überzeugung, die ich bei meiner Rede im Bundestag am 30. Januar 2015 formuliert habe. Die Anschläge von Paris haben die aktuelle Terrorgefahr auf schreckliche Weise vor Augen geführt. Die Bedrohungslage durch gewaltbereite Extremisten ist aber nicht neu. Gefragt sind keine Schnellschüsse, sondern eine kluge und wohlüberlegte Sicherheitspolitik.

Hierzu gehört der Entzug des Personalausweises von Terrorverdächtigen. Wie ich in meiner Rede ausgeführt habe, ist nach bisheriger Rechtslage nur der Entzug des Reisepasses möglich. Da aber nachweislich auch Personen mit dem Personalausweis nach Syrien ausreisen, war schon länger geplant, diese Lücke zu schließen. Ein weiterer Baustein ist die Schaffung eines eigenen Straftatbestandes für Terrorismusfinanzierung, den Bundesjustizminister Heiko Maas derzeit auf den Weg bringt. Auch die Absicht, in ein Terrorcamp auszureisen, soll künftig strafbar sein.

Ein kluger Schritt ist zudem, dass Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig das Programm „Demokratie leben“ nach den Anschlägen um zehn Millionen auf 40,5 Millionen Euro aufgestockt hat. Der Radikalisierung von Jugendlichen gilt es frühzeitig und mit einem positiven Wertebild entgegenzutreten. Dies ist die richtige Antwort auf den islamistischen Terror und nicht etwa der schnelle Ruf nach der Vorratsdatenspeicherung und anderen restriktiven Sicherheitsgesetzen. Bei der Sendung „Kontrovers“ im Deutschlandfunk, zu der u.a. auch Stephan Meyer (CSU), innenpolitischer Sprecher der Union, geladen war, habe ich deutlich gemacht, dass wir mit Augenmaß und nicht mit politischem Aktionismus auf den Terror regieren müssen.

- ➔ Meine Bundestagsrede zur Änderung des Personalausweisgesetzes vom 30.01.2015 gibt es [hier](#)
- ➔ Zum Nachhören der Sendung „Kontrovers“ im Deutschlandfunk vom 19.01.2015 geht es [hier](#)



Hinterer Reihe von links: Wolfgang Dagner, Glendon C. Pitts und Dirk Stockfisch in der amerikanischen Botschaft

Besuch in der US-Botschaft

Ver.di-Vertreter machen sich für die Zivilbeschäftigten bei der US-Armee in der Oberpfalz stark

Anfang Januar habe ich eine ver.di-Fachgruppe nach Berlin eingeladen, um die Arbeitsplatzsituation bei der US-Armee in Grafenwöhr/Vilseck und Hohenfels direkt in der US-Botschaft zur Sprache zu bringen. Nach dem Stellenabbau der vergangenen Jahre, ist es für die Zivilbeschäftigten zu einer enormen Arbeitsverdichtung gekommen, betonten die ver.di-Vertreter Wolfgang Dagner und Dirk Stockfisch. Glendon C. Pitts, Verbindungsoffizier in Deutschland, bezeichnete Grafenwöhr zwar als „Kronjuwel“ der US-Armee. Konkrete Zusagen konnte er jedoch nicht machen.

„Für gute Arbeitsbedingungen und den Erhalt der mehreren 1000 Arbeitsplätze werde ich mich weiterhin mit voller Kraft einsetzen“, so mein Versprechen an die Zivilbeschäftigten in der Oberpfalz. „Natürlich geht dies nur zusammen mit der US-Armee, die hier als Arbeitgeber Verantwortung trägt.“ Auch ein Gespräch mit den SPD-Abgeordneten Gustav Herzog und Thomas Hitschler stand auf der Tagesordnung. Termine für weitere Arbeitstreffen in Grafenwöhr und in Berlin wurden bereits vereinbart.



Andrea Nahles beim Eintrag in das Goldene Buch der Stadt Vohenstrauß. Mit Günter Stich, Bürgermeister von Floß, Heinrich Rewitzer, SPD-Vorsitzender Vohenstrauß, MdL Annette Karl, mir und Andreas Wutzlhofer, Bürgermeister von Vohenstrauß (v.l.n.r.)

Keinen Mindestlohn „light“!

Andrea Nahles beim Neujahresempfang der SPD in Vohenstrauß

Der Mindestlohn ist ein Erfolg, der eng mit Andrea Nahles zusammenhängt. Die Bundesarbeitsministerin war Ehrengast beim traditionellen Jahresempfang der SPD Neustadt in Vohenstrauß. Wir müssen jetzt genau darauf achten, dass der Mindestlohn ohne Wenn und Aber bei den Menschen ankommt. Die Arbeitsstunden müssen dafür vom Arbeitgeber dokumentiert werden. Das bedeutet keinen großen Bürokratieaufwand. „Anfang der Arbeitszeit, Ende der Arbeitszeit, fertig.“ Recht hat die Bundesarbeitsministerin! Allein bei uns in der nördlichen Oberpfalz profitieren rund 22.000 Menschen vom Mindestlohn. Nicht nur die Bundesministerin, auch mehr als 300 Bürger waren der Einladung der SPD-Kreisvorsitzenden Annette Karl und mir gefolgt. Über die tolle Resonanz habe ich mich sehr gefreut.



Mit Ergün Nezir, Vorsitzender der türkisch-islamischen Gemeinde zu Weiden, Imam Hüseyin Çetin und SPD-Stadträtin Dr. Sema Tasali-Stoll

Wichtiges Zeichen der Verbundenheit

Zu Gast in der Mevlana-Moschee in Weiden

„Man darf die Religionen nicht mit Krieg verbinden. Der Islam als friedliche Religion gehört zu Deutschland“, so die Botschaft, die ich mit meinem Besuch bei der Türkischen Gemeinde in Weiden zum Ausdruck brachte. Angesichts der anti-islamischen Pegida-Proteste der letzten Wochen, war es mir wichtig, ein starkes Zeichen der Verbundenheit zu setzen. Von Ergün Nezir, dem Vorsitzenden der Türkischen-islamischen Gemeinde zu Weiden, Imam Hüseyin Çetin und den vielen anderen Mitgliedern der Gemeinde bin ausgesprochen freundlich empfangen worden. Toleranz und ein gutes Miteinander zwischen den Religionen sind ein hohes gesellschaftliches Gut. Ich kann nur empfehlen, den Gebetsraum der Mevlana-Moschee einmal zu besuchen und komme gerne wieder.

- ➔ Ein Artikel zu meinem Besuch ist am 27. Januar 2015 in „Der Neue Tag“ erschienen. Man kann ihn [hier](#) nachlesen.



Gesagt, getan, gerecht: Die Regierungsbilanz der SPD kann sich sehen lassen

Frauenquote, Leiharbeit und Werkverträge

Die SPD setzt auch im Jahr 2015 wichtige Schwerpunkte, die das Leben der Menschen verbessern

Das vergangene Jahr hat gezeigt, dass die Regierungsbeteiligung der SPD das Land verändert. Ich denke da an den Mindestlohn, den Wegfall der Optionspflicht oder die BAföG-Reform. Im Jahr 2015 werden wir den Weg fortführen. Mit der Frauenquote schaffen wir es endlich, die Gleichstellung einen großen Schritt voran zu bringen und den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen. Leiharbeit werden wir wieder auf ihre ursprüngliche Idee, nämlich auf die Bewältigung von Auftragsspitzen oder kurzfristigem Personalausfall, begrenzen. Zudem sollen Leiharbeiter endlich den gleichen Lohn erhalten. Auch gegen den Missbrauch von Werkverträgen werden wir in den kommenden Monaten vorgehen. Denn es darf nicht sein, dass unter dem Deckmantel eines Werkvertrages Menschen ohne soziale Absicherung arbeiten.

- ➔ Ein guten Überblick über die vielen weiteren Vorhaben der SPD-Bundestagsfraktion für den Frühling 2015 gibt es [hier](#)



Magdalena Wagner, Katharina Antoniadou, Sebastian Hennig, ich, Selda Özdemir und Dominik Brütting (v.l.n.r.)

News in eigener Sache

„Team-Grötsch“ startet in das neue Jahr und hat bis zum Herbst 2015 zwei neue Mitarbeitende

Bei der Büroklausur zu Beginn des neuen Jahres war die Stimmung bestens. Eine wunderbare Zeit habe ich meinen beiden Mitarbeiterinnen Selda Özdemir und Maria von Stern gewünscht, die bis zum Herbst in Elternzeit sind. Bis dahin verstärken Magdalena Wagner und Sebastian Hennig das Team in Weiden und in Berlin. Nach der gemeinsamen Arbeit verbrachten alle einen fröhlichen Abend in der Hauptstadt. Das Jahr 2015 kann kommen.

Ausblick



*Aydan Özoğuz, MdB,
Staatsministerin bei der
Bundeskanzlerin und Beauftragte
der Bundesregierung für
Migration, Flüchtlinge und
Integration*

Zum 70. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Flossenbürg

Neueinweihung des Gedenksteins der SPD mit Staatsministerin Aydan Özoğuz am Donnerstag, den 16. April 2015

Vor 20 Jahren haben wir mit der Oberpfälzer SPD einen Gedenkstein für die während der NS-Zeit ermordeten Mitglieder der SPD in der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg gestiftet. Er ist der einzige seiner Art und weit über die Grenzen Bayerns ein Symbol der Freiheit und des Kampfes gegen Rechts. Wegen einer Umgestaltung der Außenanlagen auf dem Gelände bekommt der Gedenkstein nun einen neuen Standort.

Zur feierlichen Einweihung am Donnerstag, den 16. April 2015, möchte ich alle Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen. Ich freue mich sehr, dass wir an diesem Tag Aydan Özoğuz, Staatsministerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, in Flossenbürg zu Gast haben werden.

- ➔ Für Fragen zum Ablauf und zur Anfahrt kontaktieren Sie gerne mein Bürgerbüro in Weiden: Telefon: +49 0961-33011.